SSOAR

Open Access Repository
www.ssoar.info

Kosovo '98 (I): Ursachen und Kulmination eines alt-neuen Balkan-Konflikts

Oschlies, Wolf

Veröffentlichungsversion / Published Version
Forschungsbericht / research report

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:
Oschlies, W. (1998). *Kosovo '98 (I): Ursachen und Kulmination eines alt-neuen Balkan-Konflikts.* (Berichte / BIOst, 20-1998). Köln: Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien. https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-43504

Nutzungsbedingungen:
Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.
Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

Terms of use:
This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.
By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

gesis
Leibniz-Institut
für Sozialwissenschaften

Mitglied der
Leibniz-Gemeinschaft

Die Meinungen, die in den vom BUNDESINSTITUT FÜR OSTWISSENSCHAFTLICHE UND INTERNATIONALE STUDIEN herausgegebenen Veröffentlichungen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.

© 1998 by Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien, Köln

Abdruck und sonstige publizistische Nutzung – auch auszugsweise – nur mit vorheriger Zustimmung des Bundesinstituts sowie mit Angabe des Verfassers und der Quelle gestattet.
Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien, Lindenbornstr. 22, D-50823 Köln,
Telefon 0221/5747-0, Telefax 0221/5747-110; Internet-Adresse: http://www.uni-koeln.de/extern/biost

ISSN 0435-7183

Inhalt

	Seite
Kurzfassung	3
1. Einführung: Kosovo – altbekannt und gründlich verändert	7
2. Rückblick auf die Genese eines Konflikts	9
3. Konträre Parallelität	13
4. Bilateral "nützlicher" Terror?	16
5. Zusammenfassung	25
Summary	29

15. April 1998

Wolf Oschlies

Kosovo '98 (I): Ursachen und Kulmination eines alt-neuen Balkan-Konflikts

Bericht des BIOst Nr. 20/1998

Kurzfassung

Vorbemerkung

Ihrer jeweiligen Selbsteinschätzung nach sind Serben wie Kosovo-Albaner friedliebend und gastfreundlich. So ergab es eine Repräsentativumfrage, die im Sommer 1997 im Kosovo unter beiden Volksgruppen gemacht worden war. Das Ergebnis brachte die Autoren der Umfrage zu der "melancholischen" Frage, warum beide ihre markantesten Eigenschaften nicht auch im Umgang miteinander zur Geltung brächten.

Die Frage ist mehr als berechtigt. Seit Jahresbeginn 1998 droht der Krieg in Ex-Jugoslawien, der seit 1991 mit wechselnder Intensität an unterschiedlichen Orten und Fronten tobte, im Kosovo in eine neue und (vermutlich) schreckliche Runde abzugleiten. Diese Aussicht hat die internationale Gemeinschaft, die noch mit immensem Einsatz an Menschen und Mitteln von der "Schadensbegrenzung" früherer Kriegsetappen in Anspruch genommen ist, zu enormer Aktivität gebracht: Höchste internationale Gremien beraten *Stick-and-carrot*-Programme, um die gespannte Lage vor Ort zu entspannen – eine Reisediplomatie von Außenministern und Sondergesandten müht sich, die streitenden Parteien zum Dialog zu bewegen.

Was für ein "Dialog" kann das sein, der die aus der Unvereinbarkeit von Maximalforderungen entstandene und jüngst violent aufgeladene "Funkstille" überwinden soll? Worüber sollen die zerstrittenen Parteien reden, wenn sie sich wechselseitig – in einer Mischung aus partieller Berechtigung und grundsätzlicher Fehlperzeption – die Legitimität der jeweiligen Postulate absprechen? Unter Berufung auf das *Selbstbestimmungsrecht* fordern die Albaner die Sezession des Kosovo von Serbien – mit Blick auf die in Helsinki 1975 beschworene *Unverletzlichkeit von Grenzen* beharrt das Belgrader Regime darauf, Kosovo als "internes Problem Serbiens" auszugeben und zu behandeln.

Uneins steht die internationale Gemeinschaft dem Kosovo-Problem gegenüber. Zu Recht fordert man die sofortige Beendigung der Gewalttaten – und sieht sich dafür in der Region Verdächtigungen ausgesetzt, den "Terrorismus" der jeweiligen Gegenseite zu "ermutigen". Man lehnt den kosovo-albanischen Sezessionswunsch rundheraus ab – hierin einig mit Milošević, den man dennoch wegen der Brutalität seiner Polizei mit massiven Drohungen und kurzzeitigen Ultimaten überzieht. Diese Drohungen und Ultimaten werden vom russischen *Kontaktgruppen*-Mitglied in großen Teilen nicht mitgetragen, weil Moskau die kosovo-albanische

Mitschuld an der entstandenen Situation gewichtiger als der Westen veranschlagt. Die Auswegsuche nach *Autonomie*modellen für das Kosovo ist – mehr oder minder einmütig – zu dem Schluß gelangt, keine Neuauflage der "Autonomie" der Tito-Zeit auch nur in Erwägung zu ziehen – eine auf ethnischer Exklusivität erreichte Scheinautonomie, die zudem unter dem Vorbehalt der "führenden Rolle der KP" stand, kann kein taugliches Modell sein.

Die nachfolgende zweiteilige Darstellung ist bemüht, auf der Grundlage allgemein zugänglicher Quellen – vorwiegend jugoslawischer Provenienz – über Genese und aktuelle Zuspitzung des Kosovo-Problems zu informieren (Teil I), dessen regionale Ausweitung und denkbare Lösungsmodelle zu diskutieren (Teil II). Grundsätzlich ist das Problem gewissermaßen von kompliziertester Simplizität: Eine nationale *Minderheit*, die Kosovo-Albaner, bildet in einer klar abgesteckten Region, dem südserbischen *Kosovo*, die überwiegende *Mehrheit* der Bevölkerung und leitet aus ihrer numerischen Stärke und regionalen Kompaktheit weitreichende Forderungen ab. Das alles erinnert fatal an jene Situation, wie sie in den späten 30er Jahren bei den Deutschen im tschechischen Sudetenland bestand, und die historische Erinnerung an deren "Lösung" sollte es rundheraus verbieten, auf sezessionistisch motivierte Maximalforderungen einzugehen. Tatsächlich sind auch die Forderungen der Kosovo-Albaner so, wie sie gestellt werden, inakzeptabel, wobei die Motive der Ablehnung zwischen serbischer Titularnation und internationaler Gemeinschaft deutlich variieren. Daraus erklärt sich die Schwierigkeit der Konfliktlösung, die internationalen Normen entsprechen muß und die direkt Betroffenen nicht allzusehr überfordern darf.

Ergebnisse

1. Seit Jahresende 1997 ist die seit zehn Jahren im Kosovo bestehende "Friedhofsruhe" in violente Bewegung geraten: Terroristische Akte einer sog. *Befreiungsarmee des Kosovo* (UCK) haben brutale Reaktionen serbischer Spezialpolizei provoziert, und allgemein wird befürchtet, daß diese Ereignisse nur das Vorspiel einer neuen Runde des aktuellen *Balkankriegs* sind.

2. Die jüngsten Entwicklungen haben allgemein die Angst aufkommen lassen, daß das politisch isolierte und wirtschaftlich erfolglose Milošević-Regime eine kriegerische Konfrontation als Kompensation eigener Defizite sucht. Diese Furcht wird durch den Umstand weiter gesteigert, daß im Kosovo selber mit der sog. *Befreiungsarmee des Kosovo* eine militärische Formation von Albanern entstanden ist, die offenkundig ohne Wissen und Einflußnahme der politischen Führung der *Demokratischen Liga des Kosovo* agiert und deren bisherigen Kurs eines gewaltfreien Widerstands in Frage stellt.

3. Das Kosovo besaß im alten Jugoslawien eine Autonomie, die 1989 vom Milošević-Regime faktisch aufgehoben wurde, im Text der serbischen Verfassung aber noch fixiert blieb. Eine Rückkehr zu dieser alten Autonomie erscheint dennoch weder möglich noch wünschenswert, da sie allein auf Volksgruppenrechten (nicht auf Menschenrechten) basierte und zudem unter dem Vorbehalt der führenden Rolle der Partei verliehen war.

4. Das Milošević-Regime steigerte seit den frühen 90er Jahren seinen Kurs der Repression und Diskriminierung – die Kosovo-Albaner antworteten mit Boykott und dem Aufbau pa-

ralleler Strukturen in allen Bereichen. Dieses parallele Strukturgeflecht wurde politisch zum dem Postulat eines souveränen Kosovo zusammengefaßt, und diese Forderung gaben die Kosovo-Albaner noch zu Jahresbeginn 1998 als nicht mehr verhandelbar und/oder diskutierbar aus.

5. Die von der Kosovo-Führung (Ibrahim Rugova) aus dem eigenen Souveränitätspostulat abgeleitete Ignorierung aller serbischen Vorgänge, auch der regimefeindlichen Aktionen der Opposition 1996/97, hat u.a. dazu geführt, daß das Kosovo im engeren und weiteren Umkreis "vergessen" wurde. Dieser Effekt hat zeitweilige interne Kritik an Rugova ausgelöst, die aber gegenwärtig durch einen gewissen "Schulterschluß" aller Albaner im Kosovo abgelöst wird. Zudem hat die neuerliche Welle der Gewalt international nachdrücklich daran erinnert, daß das Kosovo und seine Probleme nicht mehr wie vordem jahrelang übersehen werden können.

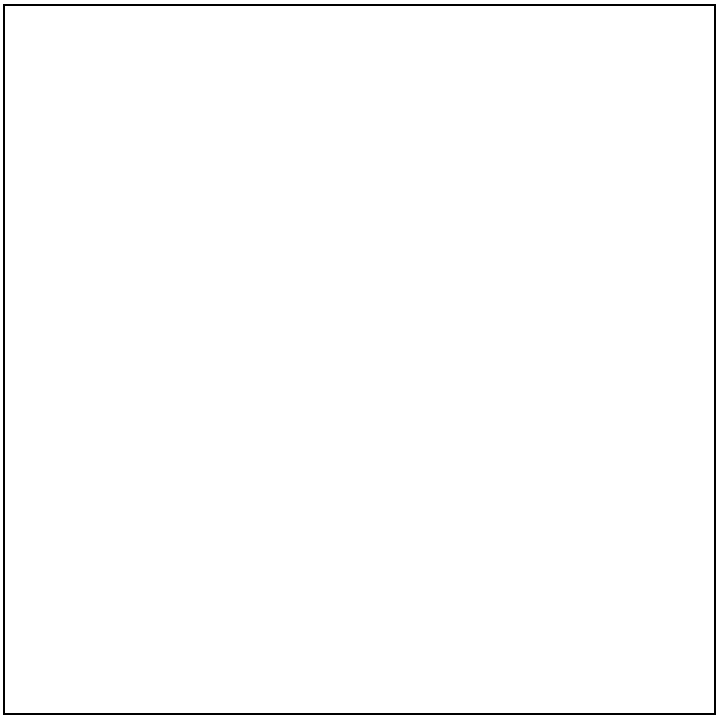
6. Grundsätzlich waltet zwischen den politischen Führungen und Organisationen der Serben und der Albaner eine gewisse "Spiegelbildlichkeit" in struktureller, konzeptioneller und aktionaler Hinsicht. Das zeigt sich insbesondere bei Parteien, Organisationen und (para)-militärischen Formationen. Die nach wie vor große Unbekannte ist die albanische UCK, von der nur festzustehen scheint, daß sie nicht zur Gänze dem Bild entspricht, das serbische Geheimdienststellen von ihr entwerfen. International wird sie als terroristische Vereinigung eingeschätzt, von der sich die politischen Gremien der Albaner distanzieren sollten. Dazu sind sie neuerdings auch bereit, müssen dabei aber die durchgehenden und mystisch verbrämten Sympathien der Kosovo-Albaner für die UCK einkalkulieren.

7. Jahrelang hat Belgrad das Kosovo-Problem als "innere Angelegenheit Serbiens" behandelt und so dem internationalen Augenmerk entzogen. Diese Haltung ist aus zwei Gründen nicht mehr aufrechtzuerhalten: Die internationale Gemeinschaft ist durch die unverkennbaren Menschenrechtsverletzungen legitimiert einzugreifen, und in den Nachbarländern des Kosovo wächst die Angst, ganz direkt in eine gefährliche Entwicklung hineingezogen zu werden.

8. Im Kosovo selber ist die internationale Position dadurch behindert, daß man Milošević nicht grundsätzlich, d.h. in seiner Ablehnung albanischer Sezessionsforderungen, kritisieren kann, ihn aber wegen seiner Methoden kritisieren muß. Die dabei angewendeten Mittel und Drohungen erschienen bislang wenig wirksam, werden zudem in ihren wirtschaftlich relevanten Teilen von Rußland zumeist nicht mitgetragen.

9. Einstweilen lassen sich beide Seiten wenig davon beeindrucken, daß der Westen die serbische Kosovo-Politik mit Sanktionsdrohungen ahndete bzw. kosovo-albanische Sezessionswünsche rundheraus ablehnte. Vielmehr versuchten Serben und Kosovo-Albaner, für ihre jeweiligen Positionen Verbündete zu finden: "Präsident" Rugova stellte die "Unabhängigkeit des Kosovo" als "einziges Mittel" zur Stabilisierung der Region heraus, obwohl er wußte, daß ihm dabei niemand zustimmen würde; und die Serben bemühten sich, Rußland antiwestlich einzustimmen und auf die eigene Seite zu ziehen.

1. Einführung: Kosovo – altbekannt und gründlich verändert



Was ist im *Kosovo* – mehrheitlich von Albanern und nur noch in wenigen (nebenstehend schraffierten) Gebieten von Serben besiedelter Südprovinz Serbiens[1] mit Außengrenzen zu Montenegro, Makedonien und Albanien – seit Februar/ März 1998 eigentlich passiert? Warum ist überhaupt etwas passiert? Auf diese Fragen gab der tschechische Balkanologe Filip Tesař im März 1998 eine zwar überraschende, aber dennoch überzeugende Antwort – überzeugend besonders für deutsche Leser:

> Das Kosovo-Gebiet ist seit über einem Jahrhundert der hauptsächliche neuralgische Punkt in den serbisch-albanischen Beziehungen. In gewisser Weise kann man es mit dem tschechisch-deutschen Konflikt um das Sudetenland vergleichen. (Heraushebung W.O.) Die Kosovo-Albaner bilden innerhalb der heutigen serbischen Grenzen, in enger Nachbarschaft mit dem nationalen Mutterland, eine große und kompakte Minderheit, die sich vom "Staats"-Volk in Sprache und eigener Kulturtradition unterscheidet. Ähnlich wie seinerzeit bei den Sudeten spielt auch hier die wirtschaftliche Bedeutung ihre Rolle, denn im Kosovo sind enorme mineralische Reichtümer verborgen. Allein die Begriffe Kosovo und Sudeten sind neueren Datums und politischer Natur. In dem Bemühen, die Zugehörigkeit des heutigen Kosovo zum serbischen oder albanischen nationalen Territorium zu beweisen, prallen zwei Interpretationen aufeinander: Die serbische Tradition behauptet zumeist, daß das Kosovo im Mittelalter ethnisch serbisch war und seinen überwiegend albanischen Charakter erst später annahm, nämlich infolge albanischer Kolonisation. Umgekehrt beruft sich die albanische Seite auf antike Zeiten und verbindet die heutigen Albaner mit den antiken Stämmen der Illyrer. (...) Das fragliche Gebiet war im Hochmittelalter das Zentrum des serbischen Königreichs und der Serbischen Orthodoxen Kirche und wird bis heute als Wiege des serbischen Volks bezeichnet. Ende des 19. Jahrhunderts wurde das Kosovo jedoch auch das Zentrum, in dem sich das neuzeitliche albanische Volk formierte. In der modernen Geschichte der Albaner und Serben spielt darum das Kosovo eine notwendigerweise unveräußerliche Rolle.[2]

---

[1] Karte aus: Dardania (Wien) Nr. 2-3/1992.

[2] Filip Tesař: Kosovo – Osudové pole Balkánu (K. – Schicksalsfeld des Balkans), in: Respekt Nr. 11, 9.-15.3.1998, Beilage.

Der überraschende Vergleich des heutigen Kosovo mit dem Sudeten-Gebiet vor 60 Jahren hat viel für sich. Damals war der jahrhundertelange böhmische Regionalpatriotismus in eskalierende tschechisch-deutsche "Volkstumskämpfe" umgeschlagen, die 1938/39 in der bekannten, den Zweiten Weltkrieg auslösenden Weise (Münchener Abkommen, "Protektorat Böhmen und Mähren") geklärt wurden. Im Kosovo sind derzeit einige seit Menschengedenken bestehende Trends plötzlich und unheilvoll ineinander verschränkt:

1. Seit Jahrhunderten leben hier Serben und Albaner mit- und nebeneinander. Diese ethnische Koexistenz war zwar zu keiner Zeit *gut*, aber noch nie ereignete sich ein bewaffneter und blutiger Konflikt zwischen beiden Gruppen.[3] Seit Ende Februar 1998 gab es gleich mehrere dieser bislang unbekannten blutigen Auseinandersetzungen.

2. Gewaltbereite "Speerspitze" auf Seiten der Kosovo-Albaner ist eine militante Gruppe, die sich "Befreiungsarmee des Kosovo" nennt: albanisch *Ushtria Çlirimtare e Kosovës* (UCK), serbisch *Oslobodilačka vojska Kosova* (OVK). Gelegentlich behauptet die politische Führung der Kosovo-Albaner noch, daß es diese Formation gar nicht gäbe, aber das scheint nur ein indirektes Eingeständnis dessen zu sein, daß sie auf deren Entstehung, Aktionen, Bewaffnung und Pläne keinen Einfluß hatte und hat: Spätestens seit Februar 1996 ist die UCK präsent und hat sich durch terroristische Anschläge auf serbische Polizeistationen und auf Landsleute, die von Serben "loyale Albaner", von Albanern "Verräter" genannt werden, bemerkbar gemacht.[4] 1997 und Anfang 1998 wurden 13 solcher "loyalen Albaner" von Landsleuten getötet, und die UCK erklärte diese Anschläge zur "Warnung für alle Kollaborateure des Feindes und nationalen Verräter – besonders für solche, die – angeblich unter dem Druck gewisser internationaler Zentren – einen Handel um die Unterzeichnung irgendeines Abkommens mit den Besatzungsbehörden, der den Interessen der Nation widerspricht, eingingen".[5]

3. Als militärischer Faktor ist die UCK vermutlich wenig gewichtig, als politischer aber doppelt bedeutsam: Ihre bloße Existenz steht in diametralem Gegensatz zu der politischen Linie des (nur von seinen Landsleuten anerkannten) "Präsidenten" Ibrahim Rugova und seiner *Demokratischen Liga des Kosovo* – albanisch *Lidhja Demokratike e Kosovës* (LDK), serbisch *Demokratski savez Kosova* (DSK) –, "ein unabhängiges Kosovo (...) mit friedlichen und politischen Mitteln" zu erreichen.[6] Und die wachsende Sympathie der Kosovo-Albaner für die UCK muß wohl als Abkehr von Rugovas gewaltfreier Strategie verstanden werden, vermutlich sogar als kollektiver Druck auf ihn, dem allgemeinen Wunsch nach radikalen Lösungen in irgendeiner Form nachzukommen.

4. Die jüngsten Entwicklungen haben allgemein die Angst aufkommen lassen, daß das politisch isolierte und wirtschaftlich erfolglose Milošević-Regime eine kriegerische Konfrontation als Kompensation eigener Defizite sucht. Diese Furcht haben die Kosovo-Albaner und die

---

[3] Zur Geschichte des Kosovo aus vorwiegend albanischer Sicht vgl. Kristaq Prifti et al. (Hrsg.): The Truth on Kosova, Tirana 1993.

[4] Chronik der Anschläge in: Vreme (Belgrad) 25.10.1997, S. 16.

[5] Zoran B. Nikolić: Šumari pod odstrel (Förster unter Beschuß), in: Vreme 11.4.1998, S. 16-17.

[6] Ibrahim Rugova: Kosova – Schlüsselproblem des Balkans, in: Dardania Nr. 2-3/1992, S. 217-.221.

internationale Gemeinschaft, aber auch die Serben selber – wie ein kürzlicher Appell von sieben Studentenorganisationen aus Belgrad und Novi Sad offen aussprach.[7]

5. Andererseits brauen sich in wachsenden Teilen der serbischen Gesellschaft und Medienlandschaft gefährliche Komplexe und Aggressionen zusammen: Der "lange tolerierte und verdeckte (...) skipetarische Terror" im Kosovo, heißt es da, habe nun seine schreckliche Kulmination erreicht, und wenn sich Serbien gegen ihn wehre, werde es von der internationalen Gemeinschaft an den Pranger gestellt.[8] Im Ausland gebe es diplomatischen Druck und einen "Medienkrieg gegen Serbien", wobei letzterer die politischen Forderungen der Kosovo-Albaner propagiere und deren Terroristen als "Kämpfer für Unabhängigkeit" glorifiziere.[9] Dahinter stecke vor allem ein "deutscher Block" in der internationalen Gemeinschaft, denn "der deutsche Weg nach Osten führt in die alten Richtungen, und darum muß man den Serben zuerst das Kosovo wegnehmen".[10]

Das Kosovo – 10.887 qkm, ca. 2 Mio. Einwohner, davon schätzungsweise 90% Albaner – ist ein von der Natur überreichlich beschenktes Gebiet: Seine Vorkommen an Kohle werden auf 800 Mio. t, die an Bunt- und Edelmetallen auf 200 Mio. t geschätzt, was einem aktuellen Gegenwert von 270 Mrd. US-Dollar entspricht; hinzu kommen noch 448.000 ha Wald und ungeahnte landwirtschaftliche Möglichkeiten.[11] Aber was nützen Naturreichtümer, wenn man sie infolge selbstmörderischer Zerstrittenheit nicht heben kann? Als im September/Oktober 1996 ein Vertrag zwischen dem Serben Milošević und dem Kosovo-Albaner Rugova endlich die albanischen Kinder in die lange gesperrten und/oder boykottierten Schulen zurückbringen sollte, geschah so gut wie nichts – weil die beiden Verhandlungsführer von ihren jeweiligen Scharfmachern beschuldigt wurden, sie hätten "serbische Objekte" der albanischen "Okkupation" überantwortet bzw. mit dem Vertrag die serbische Hoheit über die "souveräne Republik Kosovo" anerkannt.[12]

2. Rückblick auf die Genese eines Konflikts

Seit den Zeiten der albanischen *Liga von Prizren* (1878-1881) ist bekannt, was die Albaner wollen: eine "europäische" Entwicklung in einem Staat. Diesen gemeinsamen Staat haben sie nie bekommen – sieht man einmal von der "Vereinigung" aller Albaner im Zweiten Weltkrieg unter italienischer Besatzung ab –, und bis heute sind sie über mehrere Staaten verteilt. Besonders in Serbien ergaben sich immer wieder Spannungen mit der serbischen Titularnation.

---

7 Wortlaut in: Oko (Belgrad/ Bad Vilbel) Nr. 40/11, 13.3.1998, S. 3.

8 Maksim Simić: Hronika terorizma na Kosovu (Chronik des Terrorismus im K.), in: Revija 92 (Belgrad) Nr. 221, 3.4.1998, Beilage.

9 Tomislav Kresović: Kosmet po modelu Bosne (Kosovo nach dem Modell Bosniens), in: Nedeljni Dnevnik (Novi Sad) Nr. 79, 27.3.1998, S. 11-12.

10 Obrad Tojić: Istorijski kusur rata za Kosovo (Das historische Stück des Kriegs um das K.), in: Revija 92 Nr. 221, 3.4.1998, S. 12-13.

11 Besim Abazi: Koliko košta Kosovo (Wieviel das Kosovo kostet), in: Vreme 27.11.1995, S. 25.

12 Dejan Anastasijević: Zid u školi (Mauer in der Schule), in: Vreme 26.10.1996, S. 18.

In offener Form besteht der Kosovo-Konflikt seit dem März 1937, als der serbische Historiker Vasa Čubrilović (1897-1990) erstmals die gewaltsame Vertreibung aller *Arnauten* (alttürkische Bezeichnung der Albaner) aus dem Kosovo empfahl[13] – eine Empfehlung, die er im November 1944 den Tito-Partisanen erneut gab und bis an sein Lebensende verteidigte.[14] Nebenher bemerkt: Čubrilovićs Thesen werden gerade von Kosovo-Albanern immer wieder erwähnt und verbreitet, da sie als früher Beleg allserbischer Feindschaft gegen Albaner aus dem Kosovo gelten können.

Bis 1945 waren die Albaner in Jugoslawien rechtlich gewissermaßen inexistent – erst in diesem Jahr verabschiedete das Präsidium des serbischen Parlaments ein Gesetz über die Autonomie von *Kosovo-Metohija* (*metoh* = kirchliches Besitztum) innerhalb Serbiens; diese Autonomie wurde von der Verfassung 1963 bestätigt und durch Verfassungszusätze 1968-1971 erweitert (wobei auch der Namenszusatz *Metohija* fortfiel). Durch die neue jugoslawische Verfassung von 1974 erhielt das Kosovo faktisch alle Rechte einer jugoslawischen (Teil)Republik, "ausgenommen das Recht auf Abtrennung". Hinzu kamen enorme Entwicklungsleistungen aus Bundeskassen ins Kosovo, wo es indessen mehrfach (1968, 1981) "zu Massendemonstrationen für die Forderung *Kosovo – Republik*" kam.[15]

Die zwischen Serben und Albanern lange aufgestaute Animosität hatte erstmals 1966 interethnische Militanz erlangt, nach dem sog. "Brioni-Plenum" von Titos Parteiführung, und 1974, nach der erwähnten neuen jugoslawischen Verfassung: Beide Male wurden die Volksgruppenrechte der Kosovo-Albaner und der parastaatliche Status des Kosovo so gesteigert – ohne Blick auf Menschenrechte und demokratische Strukturen –, daß alte Repressionen neue Adressaten fanden. Oder wie es der kosovo-albanische Politiker Shqelzen Maliqi 1989 auf einem Kosovo-Symposion im slowenischen Ljubljana formulierte: "Früher fühlten sich die Albaner unterdrückt, denn sie hatten keinen größeren Einfluß auf die Administration, jetzt übernahmen sie die Macht und die anderen fühlten sich unterdrückt."[16]

Bis Mitte der 80er Jahre konnte der Konflikt durch die fortbestehende Macht der Tito-Partei Bund der Kommunisten Jugoslawiens (BdKJ) insofern gedämpft werden, als politisch mißliebige Äußerungen als "konterrevolutionär" gebrandmarkt und verfolgt wurden. Nach 1987 und im Maße des rapiden Zerfalls des BdKJ scharten sich beide Seiten um aggressive Maximalforderungen – "Kosovo Republik" (Albaner), "Kosovo – heilige Erde und Wiege des Serbentums" (Serben) – und trugen einen erbitterten Medienkrieg voll schwerster wechselseitiger Anschuldigungen aus. Wie später eine unabhängige Expertenkommission serbischer Bürgerrechtler in einem umfangreichen Report feststellte, beruhte keine einzige dieser Anschuldigungen auf Wahrheit.[17] Aber da war das Unglück im Grunde schon geschehen – ausgelöst

---

[13] Deutscher Wortlaut in: Dardania Nr. 2-3/1992, S. 180-200.

[14] Vgl. das postum veröffentlichte Interview mit ihm in: Borba (Belgrad) 11./12.11.1995.

[15] Ustavna autonomija (Verfassungsmäßige Autonomie), in: Vreme 21.3.1998, S. 9.

[16] Detailliert Slavko Gaber et al. (Hrsg.): Kosovo – Srbija – Jugoslavija, Ljubljana 1989.

[17] Srdja Popović et al.: Kosovski čvor – Drešiti ili seći? (Das Kosovo-Knäuel – Aufwickeln oder aufschneiden?), Belgrad 1990.

1986/87 durch diskriminierende Gesetze aus Belgrad, die Albanern den Ankauf von Immobilien von Serben und Montenegrinern verboten bzw. einseitige Förderungsmaßnahmen verfügten, um Serben und Montenegriner im Kosovo zu halten.[18]

Diese wenigen historischen Daten müssen erwähnt werden, um vor einem naheliegenden Trugschluß zu warnen, daß nämlich die Kosovo-Albaner "mindestens" die Autonomie zurückbekommen müßten, die sie bis in die späten 80er Jahre besaßen. Bei dieser "Autonomie" handelte es sich um eine "Autonomie" kommunistischer Provenienz, die letztlich zum Zerfall von "Föderationen" (Sowjetunion, Tschechoslowakei, Jugoslawien) geführt hatte: Sie folgte schematisch ethnischen Kriterien ("Ein Volk – eine Republik"), ließ Ethnizität über Demokratie triumphieren, ersetzte Menschenrechte durch Volksgruppenrechte und sorgte so dafür, daß Bestand jeder (Teil-)Republik und Binnenkohäsion jeder (Titular-)Nation durch Feindbild-Szenarios gefestigt wurden. Anschauliches Beispiel dieser kommunistisch initiierten und im Interesse zentralistischer Parteimacht noch geförderten Konfliktmechanismen war und ist der Kosovo-Konflikt: Die Serben unterdrückten die Kosovo-Albaner, weil das Kosovo ein Teil von Serbien ist – die Kosovo-Albaner antworteten mit der Forderung *Kosovo – Republik*, um ihrerseits eine den Serben identische Herr-im-Haus-Position zu erlangen. Und das neuerliche Postulat nach einem "unabhängigen Kosovo" ist nichts anderes als die Fortschreibung der geschilderten kommunistischen staatlichen Organisationsprinzipien und der ihnen immanenten Feindbilder.[19] Würden die gegenwärtigen Forderungen der Kosovo-Albaner erfüllt werden, dann käme es nach Ansicht des tschechischen Balkanologen Tesař "nur zur Errichtung einer instabilen Bananenrepublik mit autoritärem Regime".[20]

Eine Wiederaufnahme der alten Autonomie ist folglich weder sinnvoll noch erfüllbar: Was früher "Autonomie" genannt wurde, war tatsächlich die kommunistische Taktik des *Divide et impera*, die per se abzulehnen ist: Wem kann an einer "Autonomie" gelegen sein, die nur ein anderes Wort für verweigerte Menschenrechte und verhinderte demokratische Entwicklungsperspektiven ist? Und wie will man eine Autonomie "zurückgeben", die seinerzeit natürlich nur unter dem Vorbehalt der "führenden Rolle der kommunistischen Partei" verliehen worden war? Im übrigen geht es gar nicht um Autonomie als *Prinzip* – auf dem Papier der serbischen Verfassung vom 28. September 1990 *hat das* Kosovo eine staunenswert weite *Autonomie*.[21] Das Problem ist nur, daß diese Autonomie etwa so real ist wie der Menschenrechtskatalog der sowjetischen Stalin-Verfassung aus den 30er Jahren.

Eine Ablehnung der alten Autonomie kann natürlich nicht bedeuten, den Umgang des Milošević-Regimes mit den Kosovo-Albanern in den letzten zehn Jahren zu billigen: Am 24. April 1987 präsentierte sich der serbische KP-Chef Slobodan Milošević mit Brandreden vor Kosovo-Serben ("Niemand darf euch mehr schlagen") als Führer der serbischen Nationalis-

---

18 Tesař, Kosovo... a.a.O.

19 Der Verfasser folgt hier Analysen der serbischen Soziologin Lidija Basta-Posavec, wie sie diese im Februar 1995 auf einem Kongreß in Bern referierte, Tonmitschnitt im Archiv des Verfassers, W.O.

20 Tesař, Kosovo... a.a.O.

21 Deutscher Wortlaut bei Georg Brunner (Hrsg.): Verfassungs- und Verwaltungsrecht der Staaten Osteuropas, Bd. I: Ostmitteleuropa, Berlin 1995.

ten. Im Februar 1989 stellte das kollektive Staatspräsidium Jugoslawiens das Kosovo unter Ausnahmezustand, im März desselben Jahres erhielt die Verfassung Serbiens Zusätze, die das Land als "einheitliche Republik" definierten; in Belgrad lösten sie serbische Freudenfeiern, in (der Hauptstadt des Kosovo) Prishtina albanische Protestdemonstrationen aus. Am 28. Juni 1989, anläßlich der offiziellen 600-Jahrfeiern der "Schlacht auf dem Kosovo polje" – ein wenig bedeutsames Scharmützel mit den osmanischen Erobern des Balkans, das aber in serbischer Mythologie zur verlorenen Entscheidungsschlacht zwischen Christentum und Islam hochstilisiert wurde[22]–, verhieß Milošević neue "Schlachten". In den ersten Monaten 1990 ging die serbische Polizei im Kosovo gegen Demonstranten vor und löste die albanische Polizei auf; der Ausnahmezustand wurde aufgehoben. Am 2. Juli 1990 riefen albanische Abgeordnete die "Republik Kosovo" aus, drei Tage später löste Belgrad das Parlament des Kosovo und alle dortigen Machtorgane auf – was zu albanischen Massenstreiks führte. Am 7. September 1990 erfolgte die Verkündung einer "Verfassung der Republik Kosovo", am 13. September wurde die "Demokratische Liga des Kosovo" offiziell registriert. Ein Jahr später, am 30. September 1991, hielten Albaner ein Referendum ab und riefen offiziell ihre "Republik Kosovo" aus. Im Mai 1992 folgten albanische Wahlen, nach denen Ibrahim Rugova zum "Präsidenten" der "Republik Kosovo" gekürt wurde.[23]

Dieser Kampf um "Autonomie" und/oder "Souveränität" wurde und wird immer noch vorwiegend auf dem Rücken von Schulkindern ausgetragen. Im Juli 1990 wurden die albanischen Schulbehörden aufgelöst und allen Schülern Zusatzprüfungen in serbischer Sprache, Geschichte, Geographie etc. verordnet; letztere Maßnahme hatte einen Hauch von Berechtigung, nachdem sich die albanischen Lehrbücher und Lehrpläne als streckenweise grotesk nationalistisch und antiserbisch erwiesen hatten. Das war aber keine Legitimierung für die rigorosen Maßnahmen, die Belgrad jetzt ergriff: Stopp von Finanzmitteln, zweisprachige Schuldokumente mit Vorrang des kyrillischen Alphabets, Halbierung der Zahl an Sekundarschulplätzen für albanische Schüler, Aussperrung und Entlassung für Lehrer und Schüler, die sich diesen Maßnahmen nicht beugten. Die Kosovo-Albaner antworteten mit einem Schulboykott von 56.000 Oberschülern und 11.000 Studenten (der Universität Prishtina und weiterer sieben Hochschulen), die fortan in einem *Parallelsystem* in Privatwohnungen unterrichtet wurden.[24] Die längerfristigen Folgen dieser Entwicklung wurden im März 1998 von einem Autor aus Prishtina in einer tschechischen Dokumentation so beschrieben:

> Die erste Demonstrationswelle wegen der albanischen Schulen gab es bereits im Herbst 1992. Damals wie heute ging es im Prinzip nicht um den Unterricht in albanischer Sprache (in diesem Punkt hatte die serbische Seite bereits nachgegeben), sondern um den Unterschied zwischen den obligatorischen serbischen und albanischen Lehrplänen. (...) Das Schlüsselproblem der Sprache ist ein anderes. In diesen ganzen Jahren verschwand die serbische Sprache nicht nur

---

[22] Wolfgang Höpken: Die schaurige Sage vom Amselfeld, in: Die Zeit Nr. 12, 12.3.1998, S. 20; Thomas A. Emmert: Kosovo, mýtus a srbský pohled na dějiny (Kosovo, Mythos und serbische Geschichtsauffasung), in: Respekt (Prag) Nr. 11, 9.-15.3.1998, Beilage.

[23] Perica Vučinić/Dragica Grujić: Srbija cela, Kosovo iz dva dela (Serbien intakt, Kosovo zweigeteilt), in: Vreme 1.5.1995, S. 8-10.

[24] Berichte in: Vreme 18.2.1991 und 16.9.1991, Borba 21.8.1991.

> aus dem lokalen albanischen Leben, sondern auch (ganz konsequent und vollständig) aus den albanischen Schulen. So wuchs nicht nur eine ganz neue junge Generation von Bauern heran, aber auch eine von Oberschülern und Studenten, die in albanischen Schulen zwar Englisch und Deutsch gelernt hat, aber im Unterschied zu Älteren kein Wort Serbisch versteht. Das ist einer der traurigsten Punkte der gesamten Entwicklung.[25]

3. Konträre Parallelität

Das Milošević-Regime steigerte seit den frühen 90er Jahren seinen Kurs der Repression und Diskriminierung – die Kosovo-Albaner antworteten mit Boykott und dem Aufbau *paralleler* Strukturen in allen Bereichen.[26] Das war eine falsche Antwort auf eine verfehlte Politik, wie sich anläßlich der Volkszählung vom Herbst 1991 zeigte: Da in den Fragebögen nach "Nationalität" und nach "Glaubensbekenntnis" gefragt wurde, argwöhnten die (zu rund 73 Prozent muslimischen) Albaner, sie sollten mit Türken, bosnischen Muslimen etc. in einen demographischen Topf geworfen und in ihrer quantitativen Stärke als Albaner gemindert werden. Folglich drohten sie im Frühjahr 1991 einen Boykott der Zählung an und realisierten ihn später auch. In Belgrad wurde dieser Boykott geradezu begrüßt – als Anlaß, Entwicklungsgelder für das Kosovo zu streichen, und als indirekte albanische Bestätigung des serbischen Verdachts, daß bislang noch jede Volkszählung in Jugoslawien falsche Angaben zur quantitativen Stärke der albanischen Volksgruppe ("3,5 Millionen Albaner sind das drittstärkste Volk in Jugoslawien") gebracht hätte.[27]

Auf der erwähnten Kosovo-Tagung in Ljubljana 1989 wurden die Ursachen dieser feindlichen Verstrickung früh analysiert: "Mediokre dogmatische Eliten", vor Jahren an die Macht gekommen, gaben in Belgrad und Prishtina den Ton an, nutzten ihre Positionen für nationalistische "Revanche" an der jeweils anderen Volksgruppe oder, wenn es nicht anders ging, für ein "Ignorieren von deren spezifischen Interessen". Zur Verbesserung der sozialen Lage der Kosovo-Albaner wurde wenig oder nichts erreicht, die Arbeitslosigkeit stieg speziell bei Jugendlichen in ungeahnte Höhen, und diese jungen Kosovo-Albaner entwickelten sich mitunter so, wie sie in den Augen serbischer Nationalisten immer gewesen waren: "Albaner sind in permanentem Aufruhr und besitzen traditionell Waffen",[28] sie sind Feinde der Serben, Bewunderer des stalinistischen Modells in Albanien ("wenigstens haben dort alle Arbeit") und bereit, in der künftigen "Republik Kosovo" mit allen Nicht-Albanern abzurechnen.

Dem alten Tito-Jugoslawien folgte die aus Serbien und Montenegro gebildete *Bundesrepublik Jugoslawien*, aber die Zustände im Kosovo haben sich bis zur aktuellen Gegenwart noch verschlimmert – befand die serbische Soziologin Vesna Pešić, eine aus früheren Zeiten bekannte Menschenrechtsaktivistin und spätere Vorsitzende der oppositionellen *Bürgerunion Serbiens* (Građanski savez Srbije, GSS):

---

[25] Radan Haluzík: Vzlet orla ke dnu (Bruchlandung des Adlers), in: Respekt Nr. 11, 9.-15.3.1998, Beilage

[26] Christian Schmidt-Häuer: Das Parallel-Universum, in: Die Zeit Nr. 12, 12.3.1998, S. 20.

[27] Berichte in: NIN (Belgrad) 22.2. und 3.5.1991.

[28] Milan Milošević: Srbija i Kosovo – Ultimatum (Serbien und Kosovo – Ultimatum), in: Vreme 14.3.1998, S. 6-10.

> Die Machthaber in Serbien und Jugoslawien ignorieren schon zehn Jahre lang das Kosovo-Problem und stützen sich auf die Repression, die allein ihrer ganzen Natur nach keinerlei Resultate erbringen kann. Dabei täuscht und hintergeht das Regime noch die Öffentlichkeit in Serbien, indem es die Tiefe des Kosovo-Problems verschweigt und es nur für seine tagespolitischen und propagandistischen Bedürfnisse nutzt. Inzwischen aber hat sich das Kosovo zu einem internationalen Problem von großer Tragweite ausgewachsen, mit dem sich viele internationale Institutionen beschäftigen und ohne dessen Lösung es keine Rückkehr Serbiens und Jugoslawiens in die internationale Gemeinschaft geben wird. Andererseits haben die Albaner, Bürger Serbiens, völlig aufgehört, am ökonomischen, politischen, Bildungs- und Kulturleben des Landes mitzuarbeiten. Sie bauen ein paralleles Leben auf, eine parallele Wirtschaft, (parallele) Bildungsinstitutionen, inklusive ein paralleles politisches System.[29]

Tatsache ist, daß sich in zehn Jahren antialbanischer Politik des serbischen Regimes und antiserbischer Propaganda der LDK im Kosovo eine faktische Apartheid herausgebildet hat, die in dieser zugespitzten Form nicht zwingend eintreten mußte. Kosovo-Albaner und Serben waren sich bis in die jüngere Vergangenheit weder feind noch unsympathisch: Die häufig in Serbien beschäftigten Albaner übten Berufe aus, die kaum ein Einheimischer wollte oder konnte – Konditoren, Kunsthandwerker, Bäcker, Gepäckträger, Hilfsarbeiter –, und sie galten als "schweigsam, tüchtig, bescheiden und auf eine altmodische Art ehrlich". Inzwischen gibt es in Serbien außerhalb des Kosovo faktisch keine Albaner mehr, und diese ursprünglich räumliche Distanzierung hat sich im zwischenmenschlichen Bereich feindbildend prolongiert: Im Sommer 1997 haben ein paar mutige Serben und Albaner – Dušan Janjić, Đerđ Repi, Srećko Mihailović, Ramush Mavriqi und Srđan Bogosavljević – die (seit 1990) erste empirische Umfrage veröffentlicht, wie Serben und Kosovo-Albaner sich selber und einander sehen. Dabei fallen zunächst die weithin identischen Selbsteinschätzungen ins Auge: Beide Gruppen sind überzeugt, daß sie selber "gastfreundlich, friedliebend, tapfer, sauber, aufrichtig und intelligent" seien. Die Albaner bezeichneten sich darüber hinaus noch als "einig und tüchtig", die Serben als "fröhlich und prahlerisch". Kaum ein Serbe und/oder ein Kosovo-Albaner meinten, daß die eigenen Landsleute "abweisend" seien und "andere Völker hassen". Aber genau diese Eigenschaften unterstellten beide Volksgruppen einander, garniert mit weiteren negativen Eigenschaften wie "Grobheit, Eigennutz" etc. Auch die übereinstimmenden Autostereotype erkannte keine Gruppe der anderen zu: Serben/Albaner meinen *nicht*, daß Albaner/Serben "intelligent, friedliebend, kultiviert, sauber, tapfer" wären. Und selbst grundsätzlich positive Eigenschaften werden in der wechselseitigen Zuerkennung negativ konnotiert: Wenn Serben/Albaner "einig" sind, dann sind sie es nur, um der jeweils anderen Gruppe zu schaden – die Albaner den Serben (nach serbischer Auffassung) durch ihre übergroße Natalität (die dann als "biologische Waffe" eingesetzt wird), die Serben den Albanern (nach albanischer Ansicht) durch ihre "Genozidalität". Soweit die Umfrage von 1997, die bei ihren Auto-

---

[29] Zit. n. Darko Vukorepa: Niko ne sme da nas bije! (Niemand darf uns schlagen), in: Feral Tribune (Split) 9.3.1998, S. 26-27; dieser Bericht ist Teil eines "Dossiers Kosowar" und beschäftigt sich mit der Reaktion Belgrader Oppositioneller auf die jüngsten Entwicklungen im Kosovo, W.O.

ren einen "melancholischen" Eindruck hinterließ: "Beide Gruppen (sind) autistisch in sich und in ihren nationalistischen Mythen verschlossen".[30]

Daß es soweit gekommen ist, war auf albanischer Seite auch und vor allem Rugovas "Verdienst" – befand dessen langjähriger Gegenspieler Adem Demaqi ("Kosovo-Mandela"), der Ende 1996 den Vorsitz der *Parlamentspartei des Kosovo* übernahm. Nach Demaqis Ansicht hat Rugovas umfassende Boykottpolitik "benefitted only the dictatorship of Slobodan Milosevic": Als der serbische Diktator zum Jahreswechsel 1996/97 durch die monatelangen Massenproteste serbischer Bürger, angeführt von der oppositionellen Koalition *"Zajedno"* (Gemeinsam), unter schwersten politischen Druck kam, tat das offizielle Prishtina so, als handele es sich um Vorgänge in einem fremden Staat, für die man sich nicht zu interessieren habe. Anders machte es allein Demaqi. Er suchte und fand den Kontakt zu *"Zajedno"* und hatte damit Erfolg: "Zajedno leader Vuk Draskovic asked tens of thousands of demonstrators at a Belgrade rally to observe two minutes of silence in memory of the young Albanians killed a few days before by Kosovo's Serbian police." Aber dann boykottierten die Kosovo-Albaner wieder die Wahlen, und dieser Schritt hat nach Demaqis Urteil "only weakened the opposition to Milosevic and helped keep him in power".[31] Im April 1998 hat dann noch Drašković selber eine ziemlich vernichtende Bilanz erstellt:

> Rugova hat niemals Milošević boykottiert, sondern den Staat, in dem er selber lebt. Herr Milošević hat dann wieder diesen Boykott geschickt umgemünzt, denn mit den Stimmen der Serben aus dem Kosovo hat er die Dominanz seiner Partei abgesichert. Absichtlich oder nicht: Rugova hat, indem er Serbien boykottierte, das Regime in Serbien unterstützt. Jetzt beklagt er sich, daß dieses Regime nicht demokratisch sei. Das ist es auch nicht, nicht zuletzt seinetwegen.[32]

Der Romancier und Politiker Drašković neigt zu temperamentvollen Übertreibungen und pointierten Formulierungen, aber auch westliche Sachkenner wie der Brite Tim Judah glauben, "the LDK to be a curious mirror-image of Milosevic's SPS party".[33] Tatsache ist, daß das Kosovo allgemein gewissermaßen vergessen und übersehen wurde: Wissenschaftliche Studien über Minderheitenprobleme im postkommunistischen Osteuropa erwähnten es, nur der Vollständigkeit halber, mit wenigen Sätzen[34] – politische Gipfeltreffen wie z.B. das in Dayton vom November 1995, auf welchem ein "Friedenspaket" für Bosnien-Hercegovina geschnürt wurde, taten nicht einmal das.[35] Selbst Albaner wie der international berühmte Autor Ismail Kadare vermögen nicht, das kompromißlose Beharren ihrer Kosovo-Landsleute auf Souverä-

---

[30] Miloš Vasić: Kamo sreće da su stvarno takvi (Was für ein Glück, daß sie wirklich so sind), in: Vreme 14.3.1998, S. 15-16.

[31] Mihajlo Mihajlov: A New Situation in Kosovo, in: Uncaptive Minds Nr. 1-2/1996/97, S. 95-98.

[32] Vuk Drašković: Kosovo, in: NIN 2.4.1998, S. 15-16.

[33] Zit. n. International Crisis Group: Kosovo Spring Report (March 24, 1998), http: //www.intl-crisis-group.org/projects/kosovo/reports/kosrep2a.htm, Teil 1, S. 22.

[34] Vgl. z.B. Géza Jeszenszky: Mora Bosnias? National and ethnic tensions in the post-communist world, in: East European Quarterly Nr. 3/1997, S. 283-298.

[35] Detailliert Wolf Oschlies: "Duldung" ist ein (neu)bosnisches Wort – Der Krieg in Bosnien-Hercegovina. Das Dayton-Friedensabkommen. Die bosnischen Kriegsflüchtlinge, Sankt Augustin 1997.

nität nachzuvollziehen, und erkennen bei ihnen denselben Mangel an "gutem Willen, Mut und Moral" wie bei den Serben.[36] Internationale Analysen wie der "Kosovo Spring Report" der *International Crisis Group* von Ende März 1998, insgesamt durchaus wohlmeinend für die Sache der Kosovo-Albaner verfaßt, sind in Details immer wieder verblüfft über vermeidbare "Eigentore" dieser Menschen: Verlust an auswärtiger "credibility by exaggerating repression", "perplexing" Berichte in kosovo-albanischen Medien voller undifferenzierter Vorwürfe gegen BBC, CNN und andere Stationen, die nicht in allen Dingen die von Prishtina verbreiteten Versionen teilten, und ähnliches mehr.[37]

4. Bilateral "nützlicher" Terror?

Vor Ort vergleicht man die Lage im Kosovo oft mit der Situation Nordirlands: Es gibt legale Parteien, die sich über ihre "militärischen Arme" untereinander bekriegen. Auf albanischer Seite sind das die LDK und die UCK – denen bei den Serben die am 20. Oktober 1994 gegründete *"Serbische Widerstandsbewegung"* (Srpski pokret otpora) samt ihrer militärischen Organisation *"Pfingstrose"* (Božur) entsprechen.[38] Angeblich wird *Božur* von dem Milošević-Vertrauten Bogdan Kecman geführt, doch erscheint fraglich, ob beide serbischen Organisationen vollauf und immer auf Belgrader Linie liegen[39]: *Božur* tritt nur sporadisch in Aktion, und die *Serbische Widerstandsbewegung* bemängelt die Folge der Milošević-Politik, daß in Bälde "im Kosovo nur noch Albaner und serbische Polizisten leben". Zutreffend ist, daß das Belgrader Regime im Kosovo auf eine demonstrative Polizeipräsenz setzt: Wie viele Polizisten es genau sind, ist offiziell ein Geheimnis, aber inoffiziell spricht man von 20.000 Polizeikräften, zu denen noch 10.-20.000 Bewaffnete des Staatssicherheitsdienstes und des Innenministeriums kommen. Bei letzteren handelt es sich oft um Streitkräfte, die zuvor in den serbischen Teilen Bosnien-Hercegovinas eingesetzt waren, sich dort bekanntlich nicht auszeichneten und nun darauf "brennen", sich durch vermehrten Einsatz zu "rehabilitieren". Zu dieser Haltung verhelfen auch die deutlich höheren Einkommen (2.100 Dinar [= 700 DM] statt 1.700 Dinar) plus Sonderleistungen.[40] Kosovo-albanische Analytiker wie Shqelzen Maliqi glauben nicht, daß dieser Polizeieinsatz lediglich auf eine "Liquidation albanischer Terroristen" abzielte, sondern darüber hinaus auf die "ethnische Säuberung" der ganzen Region und damit auf die Teilung des kompakten albanischen Siedlungsgebiets.[41]

Im Kosovo präsent, aber noch nicht weiter in Erscheinung getreten ist auch die *Armee Jugoslawiens* (Vojska Jugoslavije, VJ). Das gesamte Kosovo untersteht dem *Prishtina Korps* (Prištinski korpus), das dort "rund zehn größere Garnisonen" unterhält und speziell für die Über-

---

36 Interview in: Naša borba 24.3.1998, S. 14.

37 ICG, Kosovo Spring Report... a.a.O., Teil 1, S. 10, S. 39.

38 Kosta Bulatović (Interview): Prodaja i izdaja (Verkauf und Verrat), in: NIN 15.1.1998, S. 13.

39 Sandra Petrušić: Između rata i mira (Zwischen Krieg und Frieden), in: NIN 15.1.1998, S. 10-12.

40 Bericht in: Naša borba (Belgrad) 23.2.1998.

41 Shqelzen Maliqi: Cilj nije OVK nega etničko čišćenje (Das Ziel ist nicht die UCK, sondern die ethnische Säuberung), in: Tjednik (Zagreb) Nr. 55, 13.3.1998, S. 36-38.

wachung der unübersichtlichen Grenze zu Albanien zuständig ist. Dabei hat die VJ mit einigen spezifischen Problemen zu tun: Zum ersten muß sie ohne jede Loyalität oder Kooperation der albanischen Bevölkerung im Kosovo auskommen, vielmehr deren Schmuggelaktivitäten bekämpfen. Zum zweiten hat sie es mit einem wahren Ansturm nationalistischer serbischer "Freiwilliger" zu tun, den sie – nach schlechten Erfahrungen bei früheren Kämpfen in Kroatien und Bosnien – lieber nicht hätte und nur widerwillig in niedrigsten Rängen unterbringt. Zum dritten gibt es noch keine klare Aufgabentrennung zwischen der VJ und den bewaffneten Einheiten des serbischen Innenministeriums, die aber dringend notwendig wäre, um die ohnehin gespannte Lage nicht noch weiter zu verschlimmern.[42]

Seit dem Ultimatum an Belgrad, das die Kontaktgruppe am 9. März 1998 stellte, waren insbesondere die serbischen *Spezialeinheiten* zum Begriff geworden. Bei diesen handelt es sich um zwei Formationen. Die erste sind die *Antiterroristischen Spezialeinheiten* (Specijalne antiterorističke jedinice, SAJ) des serbischen Innenministeriums – eine von dem "Kommandanten" Franko Simatovič befehligte Elitetruppe von insgesamt 500 Angehörigen, die im Dezember 1996 auch gegen die Belgrader Demonstranten eingesetzt wurde. Gründer der SAJ war Radovan Stojičić Badža, der sie bereits 1989 bei ersten Einsätzen gegen Proteste von Kosovo-Albanern bekannt machte. Badža selber wurde am 11. April 1997 von Unbekannten in einem Belgrader Lokal erschossen. Die zweite Formation sind die *Polizeieinheiten zur besonderen Verwendung* (Jedinice posebne namjene policije, JPNP) – schätzungsweise 7.000 Mann (zu denen noch eine unbekannte Zahl von Reservisten kommen kann), die von General Obrad Stevanović befehligt werden. Die JPNP verfügt über Flugabwehrgeschütze und Minenwerfer – "was nirgendwo auf der Welt als Polizeibewaffnung angesehen wird". Angeblich können SAJ und JPNP im Bedarfsfall durch die "Roten Barette" verstärkt werden – altgediente Kriegsveteranen, die in Sicherheitsdiensten von Firmen beschäftigt sind.[43]

Die "Bilanz" dieser Polizeipräsenz sah für die ersten neun Monate 1996 so aus, daß es zu insgesamt 13.226 Übergriffen gegen Kosovo-Albaner kam, darunter zwölf Morde. Das lag vor allem daran, daß 1996 das Jahr vermehrter terroristischer Aktionen der albanischen UCK war, die sich insbesondere gegen serbische Polizeistationen richteten.[44] Primär und überwiegend aber war und ist es der serbische Polizeiterror, den Patriarch Pavle, Oberhaupt der Serbischen Orthodoxen Kirche, zu Jahresbeginn 1998 in einem Brief an die *Unabhängige Union albanischer Studenten* nachdrücklich verurteilte. Gleichzeitig forderte das greise Kirchenoberhaupt seine jungen Adressaten auf, "den Staat anzuerkennen, in dem sie leben, falls sie in ihm studieren wollen". Die albanischen Studenten wünschten dem serbischen Patriarchen ehrfurchtsvoll ein "langes Leben", wiesen ihn aber darauf hin, daß es in Prishtina keine serbische Uni-

---

42 Milisav Sekulić: Vojska sa Šiptarima bez prava na grešku (Die Armee darf sich mit den Skipetaren keinen Fehler erlauben), in: Revija 92 Nr. 221, 3.4.1998, Beilage.

43 Filip Švarm: Srpske specijalne policije – "Idite na Kosovo" (Serbische Spezial-Polizei – "Geht ins Kosovo"), in: Vreme 28.3.1998, S. 18-19.

44 Bericht in: Vreme 31.10.1996, S. 4.

versität gäbe, "sondern das ist die Universität des Kosovo, die seit 1991 Universität der Republik Kosovo heißt".[45]

Beide Seiten müssen mittlerweile erkennen, daß sie ziemlich genau zehn Jahre lang zum beiderseitigen Schaden eine verfehlte Politik betrieben haben, wobei allerdings Serbien die primären und provokativen Fehler machte:

> Serbien blieb nach dem Zerfall der ehemaligen S(ozialistischen) F(öderativen) R(epublik) J(ugoslawien) praktisch die einzige multiethnische Einheit. (...) Es ist konstitutionell definiert als "demokratischer Staat aller Bürger", setzt seine Verfassung allerdings nicht korrekt um, während die größte Minderheit, die albanische, Institutionen und Normen boykottiert und innerhalb des serbischen Staates eine parallele Infrastruktur samt Verfassung, Parlament, Schulwesen bildet, alles finanziert durch eine Besteuerung der Bürger und aus dem Ausland.[46]

Allem Anschein nach sind es die jungen Kosovo-Albaner, die seit der Jahresmitte 1997 neue Aspekte in die gesamte Problematik gebracht haben: Während Rugova und die LDK jahrelang auf gewaltlosen Widerstand und auswärtigen Druck auf das Milošević-Regime setzten, wollen die Jungen, frustriert von der LDK-Erfolgslosigkeit, Gewalt und inneren Druck. Dadurch drohte der bisherige Zustand *Ni rata ni mira* (weder Krieg noch Frieden) in eindeutig kriegerische Verwicklungen umzukippen. Albanischer Hauptakteur ist dabei die schon mehrfach erwähnte UCK, über die das Hamburger Nachrichtenmagazin "Der Spiegel" urteilte:

> Anders als die LDK macht die UCK kein Hehl aus ihrem Ziel, die Provinz im Süden Serbiens gewaltsam mit dem Mutterland Albanien zu vereinen. Den bewaffneten Kampf begründet sie mit dem Recht auf nationale Selbstbestimmung. Jedes Mittel ist den Fanatikern recht, kein Menschenopfer zu hoch. Sie bezeichnen sich als die "einzige authentische Stimme im Freiheitskampf", lehnen jeden Dialog mit den "faschistischen Besatzern" ab und drohen "Pazifisten und Verrätern in den eigenen Reihen". Mindestens zehn vermeintliche Kollaborateure wurden von ihnen schon hingerichtet. In vielem erinnert ihr Vorgehen an die kurdische PKK.[47]

Die UCK machte am 20. Juni 1996 erstmals mit Bekennerschreiben (u.a. an die Albanien-Redaktion der *Deutschen Welle* in Köln) auf sich aufmerksam.[48] Gesehen hat man sie bislang noch nicht – sieht man einmal von drei maskierten "Kämpfern" ab, die sich Ende 1997 zum albanischen Nationalfeiertag, dem 28. November, anläßlich einer Beerdigung kurz zeigten –, aber es ist kein Zweifel an ihrer Existenz mehr erlaubt. Ende November 1997 lieferte sie der serbischen Polizei im Raum Srbica, nordwestliches Kosovo, ein Gefecht, schlug diese in die Flucht und erklärte die ganze Region zum "freien Territorium". Diese Region war gewiß nicht zufällig Schauplatz von Kämpfen: Die Kommune Srbica (albanisch *Skënderaj*), deren rund 60.000 Einwohner fast ausnahmslos Albaner sind, ist ein geschichtsnotorisches Widerstandsnest, aus dem im 19. Jahrhundert die Türken verjagt wurden und wo man sich bis zum November 1945 unter der Führung von Hasan Polusha gegen die neuen Tito-Machthaber in Jugoslawien wehrte. Erst eine gemeinsame jugoslawisch-albanische Offensive beseitigte damals

---

[45] Bericht in: Vreme 10.1.1998, S. 10.

[46] Milošević, Srbija i Kosovo... a.a.O., S. 8.

[47] Kosovo – Front im Süden, in: Der Spiegel Nr. 12, 16.3.1998, S. 176-178.

[48] Stefan Lipsius: Untergrundorganisationen im Kosovo – Ein Überblick, in: Südost-Europa Nr. 1-2/1998, S. 75-82.

die "konterrevolutionäre Bande" von Srbica.[49] Und seit zehn Jahren schaukelt sich der beiderseitige Extremismus wechselseitig auf, bemerkte Serbiens führendes Oppositionsblatt "Vreme" (Zeit):

> Nicht nur hat die serbische Seite unterschiedslos und gewaltsam die Albaner aus allen Institutionen ausgeschlossen, sondern es haben auch die Extremisten der anderen Seite ihren totalen Boykott durch Morde an jenen Albanern, die sich in die Machtstrukturen der regierenden Sozialistischen Partei Serbiens eingefügt hatten, gefestigt.[50]

Es war also zweifellos auch viel albanisch-nationaler Mythos im Spiel, der sich im Verbund mit zwei weiteren Momenten auflud. Zum einen ist die Medienlandschaft des Kosovo, wo 52 Zeitungen und Zeitschriften in albanischer Sprache erscheinen, "homogener" geworden: Alle Blätter äußern sich einmütig für ein "unabhängiges Kosovo" und gegen die "Okkupation der serbischen Machthaber", und diese Politisierung hat sich selbst auf karitative Organisationen wie "Majka Tereza" (Mutter Theresa) ausgeweitet. Zum zweiten wurden an den Grenzen Jugoslawiens, laut Berichten der Grenzpolizei, auffällig mehr Waffenschmuggler aufgegriffen, wobei die Waffen *nicht* mehr vorwiegend russischer oder chinesischer, sondern häufiger westeuropäischer Provenienz gewesen sein sollen. Hinzu soll eine sprunghafte Vermehrung von Geldüberweisungen albanischer Gastarbeiter im Westen gekommen sein, die sich in letzter Zeit auf 300 Millionen DM (aus denen durch Schwarzmarktumtausch 450 Millionen wurden) beliefen.[51] Diese (serbischen) Angaben sind wenig glaubwürdig: Von den in EU-Staaten lebenden Kosovo-Albanern sind, offiziellen Berichten zufolge, rund 85 Prozent ohne Arbeit und auf humanitäre Hilfe angewiesen, also nicht imstande, derartige Überweisungen zu tätigen.[52]

Andererseits ist es auch und gerade in Deutschland kein Geheimnis, daß bei Albanern Geld eingetrieben und für Waffenkäufe verwendet wird.[53] Westliche wie östliche Analytiker sind sich einig, daß dabei die (international nicht anerkannte) "Regierung der Republik Kosovo" aktiv ist: "The shadow government plays an important role by collecting 'taxes' abroad – all Kosovars in the Diaspora are supposed to contribute 3 percent of their income to the Republic of Kosovo."[54] Oder noch genauer: "(...) Albaner sammeln unter sich Steuern ein, die 3-4 Prozent der Einkommen ausmachen. Die Exilregierung des Kosovo treibt diese Steuern auch unter den Gastarbeitern in Westeuropa ein."[55] Chef dieser "Regierung" ist der in Bonn lebende Arzt (Urologe) Dr. Bujar Bukoshi, Jahrgang 1947, ehemaliger Generalsekretär der LDK . Sollte der Hauptteil dieser "patriotischen Steuer" tatsächlich an die UCK/OVK fließen, dann würden damit Aktionen finanziert, die die langjährige LDK-Politik konterkarieren: Offenkundig verfolgt sie die alte Taktik der Tito-Partisanen, den Feind durch gezielte Anschläge zu

---

49 Dejan Anastasijević: Sahrana svake nade (Beerdigung jeder Hoffnung), in: Vreme 4.12.1997, S. 6-8.

50 Milošević, Srbija i Kosovo... a.a.O., S. 8.

51 M. Petrović: Neprijatelju na dar (Dem Feind zum Geschenk), in: NIN 22.1.1998, S. 21.

52 ICG, Kosovo Spring Report... a.a.O., Teil 1, S. 36.

53 Carsten Hoffmann: In Deutschland wird Geld für Waffen gesammelt, in: Kölnische Rundschau 10.3.1998.

54 ICG, Kosovo Spring Report... a.a.O., Teil 1, S. 19.

55 Haluzík, Vzlet orla... a.a.O.

großräumigen Vergeltungsaktionen zu zwingen, die dann der UCK neue Parteigänger "zutreiben".[56]

Richtig ist, daß die bislang im Kosovo dominierende LDK durch die Aktivitäten der UCK in einen gewissen "Zugzwang" gekommen ist. Anfang März 1998 gab Bukoshi einer kroatischen Oppositionszeitung ein Interview, in dem unter anderem die folgenden Aussagen enthalten waren:

> Die Regierung der Republik Kosovo hat keine Armee und keine Polizei, sie hat nichts, was einen klassischen Staat auszeichnen würde. Andererseits ist die Befreiungsarmee des Kosovo eine neue Kraft und eine neue Realität, die sich als Antwort auf die langwährende Repression durch die terroristische serbische Staatsmaschinerie zeigte. (...) Für uns sind das Gruppen, die eine große Popularität bei nahezu allen Albanern im Kosovo genießen, denn sie werden als die einzige Kraft aufgefaßt, die die häuslichen Herde und die wehrlose Bevölkerung schützen. (...) Im Kosovo haben sich relevante politische Subjekte zusammengefunden, um sozusagen – jetzt vereint hinter der Option des aktiven Widerstands – die Bildung eines Krisenstabs der nationalen Rettung zu vereinbaren. Die letzten Ereignisse haben unser Volk überzeugt, daß man sich auf einem Weg ohne Umkehr befindet – niemals wieder unter Serbien, niemals mehr mit Serbien. (...) Präsident Rugova macht die Politik, die Regierung führt sie aus. (...) Er ist sehr reserviert, zurückgezogen, zögernd, ständig wartet er auf etwas. Wir haben viel zu lange gewartet, und das mit guten Absichten und naiven Hoffnungen. (...) Unsere Minimalforderungen? Das unabhängige Kosovo. Keine Autonomie, denn die kann man unmöglich organisieren. Erstens habe ich nur ein Mandat für die Verselbständigung des Kosovo, und zweitens ist es technisch unmöglich, unter Serbien irgendeine autonome Konstruktion zu errichten. (...) (Frage der Interviewerin Vesna Knežević: Aber dafür haben Sie keinerlei Unterstützung der internationalen Diplomatie.) Es trifft zu, daß die Verhältnisse derzeit diesen Anschein haben, aber was wird morgen sein? (...) Wenn sich Serbien zum offenen Konflikt entschließt, wird man sehen, wie die friedliebenden Rugova-Albaner blutunterlaufene Augen bekommen (kako će se miroljubivim Rugovinim Albancima zacrvenjeti oči). Das Kosovo ist voller Waffen, es wurden genügend davon aus Albanien hereingeschmuggelt. Dennoch ist das, was unsere Leute zur Verfügung haben, nur Spielzeug im Vergleich zu dem destruktiven Potential Serbiens. (...) Die Regierung wartet auf politische Entscheidungen. Wenn diese lauten, daß eine Armee gebildet werden soll, dann machen wir uns auf, um die Armee aufzustellen und Waffen zu kaufen. Wir werden das tun, was man uns aus Prishtina aufträgt. Und gemäß der Verfassung kann allein Rugova solche Aufträge er-teilen.[57]

Auswärtige Beobachter werteten dieses Interview vor allem als Beleg für einen Fortgang des seit 1995 schwelenden Konflikts zwischen Rugova und Bukoshi.[58] In einem weiteren Interview mit der Hamburger "Zeit" ließ Bukoshi zudem erkennen, daß er von einer militärischen Konfrontation nichts hält:

---

[56] Dejan Anastasijević: Kud narodna vojska prođe (Wo die Volksarmee hingeht), in: Vreme 25.10.1997, S. 15-17.

[57] Bujar Bukoshi (Interview): Dva milijuna terorista (Zwei Millionen Terroristen), in: Feral Tribune 9.3.1998, S. 24-25.

[58] ICG, Kosovo Spring Report... a.a.O., Teil 1, S. 19.

> Es droht eine Destabilisierung der gesamten Region. Man muß dort Truppen stationieren, um die Region und die Bevölkerung vor der serbischen Willkür zu schützen. Hier geht es um Völkermord.[59]

Alles in allem schienen die albanischen Politiker aus dem Kosovo von den jüngsten Ereignissen "überrollt" zu sein. Anfang März 1998 sprach "Präsident" Rugova mit dem Hamburger Nachrichtenmagazin "Der Spiegel", wobei eine gewisse Ratlosigkeit unüberhörbar war:

> *Spiegel*: Sie plädieren für gewaltlosen Widerstand...
> *Rugova*: ...und dies müßte der Westen jetzt endlich durch ernsthaften Druck auf Milošević belohnen. (...)
> *Spiegel*: Sie müssen zugeben: Jetzt üben auch Albaner Terror aus.
> *Rugova*: Ich schließe nicht aus, daß es eine Gruppe frustrierter Albaner gibt. Aber die Spekulationen über diese angebliche Befreiungsarmee und ihre Taten sind irreal. Ich bin nach wie vor überzeugt, daß hier der serbische Geheimdienst seine Finger mit im Spiel hat: So wird ein Alibi geschaffen für die Morde an der albanischen Bevölkerung.[60]

Ob es sich bei der UCK wirklich um eine "angebliche Befreiungsarmee" oder nicht handelt, spielt mittlerweile keine Rolle mehr: Die Masse der Kosovo-Albaner ist nicht nur fest von ihrer Existenz überzeugt – sie begeistert sich geradezu für die UCK. Die LDK-Politiker müssen sich so oder so auf die Präsenz einer bewaffneten und gewaltbereiten Formation einstellen, und weil einige von ihnen das weniger eindeutig als andere taten, wurden sie bereits im Dezember 1997 von albanischen Blättern des Kosovo als "armselige Führer" und "gefährliche Feiglinge" bezeichnet.[61] Und der serbische Geheimdienst flicht Wahrheit und Erfindung zu einem neuen Feindbild der UCK zusammen: 1986 sei sie im Untergrund entstanden, 1990 "kadermäßig" verstärkt worden, als die serbischen Machthaber Albaner aus Armee und Polizei hinauswarfen; im ex-jugoslawischen Bürgerkrieg sei sie über die "sogenannte grüne Transversale" mit kroatischen und bosnisch-muslimischen Streitkräften verbunden gewesen, und die jüngsten Unruhen in Albanien habe sie dazu genutzt, sich mit Waffen reichlich zu versorgen. Ihre Aktionen würden von zwei Kommandozentralen aus gesteuert, von denen sich eine im Ausland befände und "unter ständiger Aufsicht und Kontrolle der Geheimdienste von NATO-Ländern gehalten würde, wobei die Amerikaner, Deutschen und Italiener das höchste strategische Interesse für dieses Gebiet zeigen".[62]

An solchen Aussagen dürfte kaum etwas daran sein: Vermutlich handelt es sich bei der UCK einfach um Reste jener Militär- und Polizeieinheiten, die Rugovas "Republik Kosovo" Ende 1992 aufbauen wollte, wobei man allerdings über Anfänge nicht hinauskam.[63] Zu vermuten ist zudem, daß wenn das serbische Regime in den USA überhaupt noch auf einen Rest von Verständnis hoffen darf, dann wegen des inakzeptablen Treibens der UCK. So wenigsten läßt

---

[59] Wortlaut in: Die Zeit Nr. 12, 12.3.1998, S. 19.

[60] Wortlaut in: Der Spiegel Nr. 11, 9.3.1998, S. 148.

[61] Anastasijević, Sahrana... a.a.O., S. 7.

[62] Slobodan Ikonić: Profesionalni teror (Professioneller Terror), in: NIN 18.12.1997, S. 18-19.

[63] Lipsius, Untergrundorganisationen... a.a.O., S. 79.

es Präsident Clintons Sonderemissär Gelbard erkennen, der in der regimefeindlichen serbischen Presse mit diesen Worten zitiert wurde:

> Ich glaube, daß die UCK eine terroristische Organisation ist. Ich war in der amerikanischen Regierung für den Kampf gegen den Terrorismus zuständig und kann (Terroristen) erkennen, wenn ich sie sehe. Ich denke, daß es wichtig ist, einen Trennungsstrich zwischen demokratischen Gruppen und antidemokratischen Gruppen, die sich terroristischer Mittel bedienen, zu ziehen.[64]

Mitte Januar soll es im jugoslawischen Verteidigungsministerium eine Geheimsitzung mit Milošević gegeben haben,[65] bei der offenkundig die militärischen Aktionen beschlossen wurden, die dann am 28. Februar/1. März 1998 und danach noch am 5. März 1998 in mehreren Dörfern der Region Srbica abliefen[66] und nach offiziellen serbischen Angaben 42 Todesopfer, nach al-banischen Meldungen weit mehr forderten.[67] Diese Woche Anfang März war voller Verwirrung: Die serbischen Spezialeinheiten schlugen mit aller Härte zu, und dagegen hatten die Kosovo-Albaner wenig einzusetzen. Hinzu kamen auf serbischer Seite noch 13.000 weitere Polizeikräfte im Kosovo, die binnen 72 Stunden auf 25.000 aufgestockt werden konnten, dazu

6.500 Armeeangehörige, 4.000 "Territorialverteidiger", diverse paramilitärische Gruppen etc.[68] Die von der UCK überrumpelte LDK-Führung nutzte die Gunst der Stunde: "Trauertag im Kosovo" am 3. März, Frauendemonstrationen vor dem *Amerikanischen Informationszentrum* in Prishtina, Botschafter von 40 Ländern zu Besuch im Kampfgebiet, Annahme serbischer Gesprächsangebote "unter der Bedingung, daß allein über die Unabhängigkeit des Kosovo gesprochen würde" etc. Das konnten die Kosovo-Albaner tun, weil sie sich für ein paar Tage in der Hoffnung wiegten, die ganze internationale Gemeinschaft stünde vorbehaltlos auf

---

64 Zit. n. Dejan Anastasiejević: Gorka šargarepa (Bittere Möhre), in: Vreme 28.2.1998, S. 17-18.

65 Petrušić, Između... a.a.O., S. 10.

66 Karte aus: Vreme 7.3.1998, S. 7.

67 Davor Kriška: Srbi "ravnaju" Kosovska sela (Die Serben "begradigen" Dörfer im Kosovo), in: Slobodna Dalmacija (Split/ Frankfurt) 7.3.1998.

68 Stojan Cerović: Krvavi vikend u Drenici (Blutiges Wochenende in [der Region] Drenica), in: Vreme 7.3. 1998, S. 5-8.

ihrer Seite. Aber bereits am 4. März 1998 mußten sie einsehen, daß die USA über Robert Gelbard den albanischen "Terrorismus" verurteilten (was auf albanischer Seite als "Ermutigung" für die Serben interpretiert wurde) und die EU "nicht wünscht und nicht beabsichtigt, das Problem des Kosovo zu internationalisieren".[69]

Auch das Zehn-Punkte-Programm der *Kontaktgruppe*, das am 9. März 1998 in London verabschiedet wurde, unterstützte die Albaner nicht in ihrem irredentistischen Hauptan-liegen.[70] Das Programm verurteilte die serbischen Gewaltmaßnahmen, verkündete Sanktionen (Waffenembargo, Verweigerung von Visa für serbische Offizielle, Liefersperre für "Ausrüstung, die zur Unterdrückung eingesetzt werden kann", Moratorium bei staatlichen Exportfinanzierungen zugunsten Serbiens) und erhob politische Forderungen, vor allem die nach dem Beginn eines "Dialogprozesses mit der Führung der albanischen Volksgruppe des Kosovo". Darüber hinaus wurden die "territoriale Integrität" Jugoslawiens erwähnt und die "terroristischen Akte der Kosovo-Befreiungsarmee" verurteilt. Milošević wurden zehn Tage Frist gegeben, die Spezialtruppen aus dem Kosovo abzuziehen.[71] Weitere Bestimmungen des Plans – daß u.a. eine Mission des Hohen Kommissars für Menschenrechte und eine OSZE-Mission im Kosovo tätig werden und der ehemalige spanische Premier Felipe González ein spezielles Vermittlermandat für das Kosovo erhalten sollte – wurden in der internationalen Presse weniger ausführlich als in der serbischen gewürdigt. In Belgrad wurde dieses Zehn-Punkte-Votum geradezu erleichtert aufgenommen: Man hatte offenkundig mit weit härteren Maßnahmen gerechnet und sah sich nunmehr in seiner grundsätzlichen Ablehnung albanischer Souveränitätswünsche mehr oder minder bestätigt, da ja nur Belgrader Polizeihärte gerügt worden war.[72] Hinzu kam, daß Rußland nur die militärischen Punkte dieses Programms unterstützte, nicht aber die wirtschaftlichen – infolge "Nichtzustimmung zu dem Beschluß der westlichen Länder, eine harte Position gegenüber dem jugoslawischen Präsidenten Slobodan Milošević einzunehmen, der nach Ansicht der USA und ihrer Verbündeter einen Kurs der Unterdrückung der nationalen Rechte der albanischen Bevölkerungsmehrheit im Kosovo verfolgt".[73]

Es ist unwahrscheinlich, daß Milošević das Londoner Treffen als indirekte Aufwertung seiner Person und Politik empfand (wie der makedonische Balkan-Kenner Slobodan Čašule, der zudem über langjährige Auslandserfahrung verfügt, meinte): Der Serbe kann sich einmal mehr als Verteidiger Serbiens, als furchtloser Ordnungspolitiker und als einziger "Friedenshändler" zeigen, der den Ausbruch eines weiteren Balkankriegs verhindert, den albanische Terroristen provozieren wollen.[74] Zutreffend ist hingegen, daß der kosovo-albanische Boykott des öffentlichen Lebens in Serbien Milošević seit Jahren *nützt*, weil die Stimmen dieser großen Minderheit faktisch "verfallen". Und neue Sanktionsdrohungen können ihm auch nicht

---

69 Dragoslav Grujić: Kosovska hronika (Chronik des Kosovo), in: Vreme 14.3.1998, S. 4-5.

70 Bericht in: International Herald Tribune 26.3.1998.

71 Berichte in: FAZ, IHT und Financial Times 10.3.1998.

72 Deset tačaka (Zehn Punkte), in: Vreme 14.3.1998, S. 7.

73 Andrej Smirnov: Vvodit' sankcii protiv Jugoslavii uže pozdno (Es ist schon zu spät, Sanktionen gegen Jugoslawien zu verhängen), in: Segodnja (Moskau) 10.3.1998.

74 Wortlaut des Kommentars in: Makedonija vo svetot (Düseldorf) Nr. 11-12, 13.-26.3.1998, S. 2.

schaden, sofern sie ihm serbisch-"patriotische" Solidarität einbringen und so sein Regime für den Moment retten. Wie verrottet dieses ist, hat die Oppositionspolitikerin Vesna Pešić Mitte März 1998 in einem Prager Wochenblatt mit rückhaltloser Offenheit beschrieben:

> Institutionen existieren nur formal auf dem Papier, und wie bisher entscheidet über alles ein Mensch, der über unbeschränkte Macht verfügt. Parlament, Regierung und Gerichtswesen sind wirkungslos, denn sie stehen unter der Kontrolle der Regierungspartei. Die Industrie befindet sich im Zusammenbruch, die Wirtschaft erreicht nicht einmal die Hälfte des Niveaus von 1989. Die Inflation klopft laufend an die Tür. Der Lebensstandard ist um dreißig Prozent gefallen. Die Bürger sparen nicht, weil sie dem Staat mißtrauen, nachdem sie um ihre Devisenersparnisse bestohlen wurden, es wird nicht investiert, es gibt keine neuen Arbeitsplätze. Die Produktion ist in den Händen von Kriminellen, eine kleine Machtgruppe hat sich dank Monopolen, Schmuggel, Korruption und Kapitaltransfer ins Ausland bereichert. Auf der anderen Seite steht die überwiegende Mehrheit der Bürger mit erbärmlichen Löhnen und Renten, sie leidet unter Einbußen im Gesundheits- und Schulwesen, wegen der Straßen, des Verkehrs, der Heizungen... Das tägliche Leben der Menschen beschränkt sich auf ein Überleben bis zum morgigen Tag.[75]

Offenkundig glaubte Rugova, den so bedrängten Milošević weiter unter Druck setzen zu können, als er Ende März 1998 brieflich von den Außenministern der Kontaktgruppe forderte, neue Sanktionen gegen Serbien zu verhängen. Direkt hat er damit nichts erreicht, indirekt aber auf einige Schwierigkeiten verwiesen, die sich bei der Umsetzung einer solchen Forderung ergäben: Kann man das Kosovo ausnehmen, wenn Sanktionen gegen Serbien kommen? Wird Montenegro von etwaigen Sanktionen ausgenommen werden, wie es die USA verlangen? Wird man Rußland in irgendeiner Weise für solche Sanktionen gewinnen können? Milošević selber schien von den Sanktionsdrohungen völlig unbeeindruckt zu sein: In einer Erklärung für das polnische Fernsehen und in Gesprächen mit dem polnischen Außenminister Geremek sagt er, daß zunächst der Westen am Ball sei und z.B. die BRJ wieder in die OSZE aufnehmen solle – dann erst werde er alle westlichen Forderungen zum Kosovo erfüllen.[76]

Einstweilen versuchten Rugova und Milošević, ihre Positionen im Ausland zu verbreiten. In einem Interview mit *"Le Monde"* erklärte Rugova, er sei nur darum zum "Präsidenten" gewählt worden, um die Unabhängigkeit des Kosovo durchzusetzen, und diese Unabhängigkeit sei das "einzige Mittel, die Region zu stabilisieren" – "im Gegensatz zu dem, was man in vielen Hauptstädten Europas und anderswo denkt".[77] In Moskau mühte sich Slavenko Terzić, Direktor des Historischen Instituts der Serbischen Akademie, die Russen davon zu überzeugen, daß an den Serben bislang geprobt werde, was der Westen mit Rußland vorhabe: Die USA hätten Deutschland ein "Mandat" zur "politischen und militärischen Organisation der alten Sphäre deutscher Interessen" gegeben, und das liefe darauf hinaus, "den serbischen ethnischen Raum zu zerschlagen und ein System kleiner Satellitenstaaten unter dem Protektorat der westlichen Allianz zu schaffen". Es sei doch unverkennbar, "daß in Europa eine neue

---

[75] Vesna Pešić: Slepá cesta etnonacionalismu (Die Sackgasse des Ethnonationalismus), in: Respekt (Prag) Nr. 11, 9.-15.3.1998, Beilage.

[76] Stevan Nikšić: Etnički poker (Ethnischer Poker), in: NIN 2.4.1998, S. 16-18.

[77] Wortlaut in: Le Monde 26.3.1998.

Grenze zwischen Ost und West, eine neue 'Berliner Mauer', gesucht würde, was durch Überlegungen über ein künftiges neues Rußland hervorgerufen wurde".[78]

5. Zusammenfassung

1. Das Kosovo-Problem ist gewissermaßen von kompliziertester Simplizität: Eine nationale *Minderheit*, die Kosovo-Albaner, bildet in einer klar abgesteckten Region, dem südserbischen Kosovo, die überwiegende *Mehrheit* der Bevölkerung und leitet aus ihrer numerischen Stärke und regionalen Kompaktheit weitreichende Forderungen ab. Diese Forderungen sind so, wie sie gestellt werden, inakzeptabel, wobei die Motive der Ablehnung zwischen serbischer Titularnation und internationaler Gemeinschaft deutlich variieren. Daraus erklärt sich die Schwierigkeit der Konfliktlösung, die internationalen Normen entsprechen muß und die direkt Betroffenen nicht allzu sehr überfordern darf.

2. Seit Jahresende 1997 ist die seit zehn Jahren im Kosovo bestehende "Friedhofsruhe" in violente Bewegung geraten: Terroristische Akte einer sog. *Befreiungsarmee des Kosovo* (UCK/ OVK) haben brutale Reaktionen serbischer Spezialpolizei provoziert, und allgemein wird befürchtet, daß diese Ereignisse nur das Vorspiel einer neuen Runde des aktuellen *Balkankriegs* sind.

3. Die jüngsten Entwicklungen haben allgemein die Angst aufkommen lassen, daß das politisch isolierte und wirtschaftlich erfolglose Milošević-Regime eine kriegerische Konfrontation als Kompensation eigener Defizite sucht. Diese Furcht wird durch den Umstand weiter gesteigert, daß im Kosovo selber mit der sog. *Befreiungsarmee des Kosovo* eine militärische Forma-

[78] Slavenko Terzič (Terzić): Serbija, Rossija i situacija na Balkanach (Serbien, Rußland und die Situation auf dem Balkan), in: Nezavisimaja gazeta 4.4.1998.

tion von Albanern entstanden ist, die offenkundig ohne Wissen und Einflußnahme der politischen Führung der *Demokratischen Liga des Kosovo* agiert und deren bisherigen Kurs eines gewaltfreien Widerstands in Frage stellt.

4. Das Kosovo besaß im alten Jugoslawien eine Autonomie, die 1989 vom Milošević-Regime faktisch aufgehoben wurde, im Text der serbischen Verfassung aber noch fixiert blieb. Eine Rückkehr zu dieser alten Autonomie erscheint dennoch weder möglich noch wünschenswert, da sie allein auf Volksgruppenrechten (nicht auf Menschenrechten) basierte und zudem unter dem Vorbehalt der *führenden Rolle der Partei* verliehen war.

5. Das Milošević-Regime steigerte seit den frühen 90er Jahren seinen Kurs der Repression und Diskriminierung – die Kosovo-Albaner antworteten mit Boykott und dem Aufbau *paralleler* Strukturen in allen Bereichen. Dieses parallele Strukturgeflecht wurde politisch zum dem Postulat eines *souveränen Kosovo* zusammengefaßt, und diese Forderung gaben die Kosovo-Albaner noch zu Jahresbeginn 1998 als nicht mehr verhandelbar und/oder diskutierbar aus.

6. Die von der Kosovo-Führung (Ibrahim Rugova) aus dem eigenen Souveränitätspostulat abgeleitete Ignorierung aller serbischen Vorgänge, auch der regimefeindlichen Aktionen der Opposition 1996/97, hat u.a. dazu geführt, daß das Kosovo im engeren und weiteren Umkreis "vergessen" wurde. Dieser Effekt hat zeitweilige interne Kritik an Rugova ausgelöst, die aber gegenwärtig durch einen gewissen "Schulterschluß" aller Albaner im Kosovo abgelöst wird. Zudem hat die neuerliche Welle der Gewalt international nachdrücklich daran erinnert, daß das Kosovo und seine Probleme nicht mehr wie vordem jahrelang übersehen werden kann.

7. Grundsätzlich waltet zwischen den politischen Führungen und Organisationen der Serben und der Albaner eine gewisse "Spiegelbildlichkeit" in struktureller, konzeptioneller und aktionaler Hinsicht. Das zeigt sich insbesondere bei Parteien, Organisationen und (para)militärischen Formationen. Die nach wie vor große Unbekannte ist die albanische UCK/OVK, von der nur festzustehen scheint, daß sie nicht zur Gänze dem Bild entspricht, daß serbische Geheimdienststellen von ihr entwerfen. International wird sie als terroristische Vereinigung eingeschätzt, von der sich die politischen Gremien der Albaner distanzieren sollten. Dazu sind sie neuerdings auch bereit, müssen dabei aber die durchgehenden und mystisch verbrämten Sympathien der Kosovo-Albaner für die UCK/OVK einkalkulieren.

8. Jahrelang hat Belgrad das Kosovo-Problem als "innere Angelegenheit Serbiens" behandelt und so dem internationalen Augenmerk entzogen. Diese Haltung ist aus zwei Gründen nicht mehr aufrechtzuerhalten: Die internationale Gemeinschaft ist durch die unverkennbaren Menschenrechtsverletzungen legitimiert einzugreifen, und in den Nachbarländern des Kosovo wächst die Angst, ganz direkt in eine gefährliche Entwicklung hineingezogen zu werden.

9. Einstweilen lassen sich beide Seiten wenig davon beeindrucken, daß der Westen die serbische Kosovo-Politik mit Sanktionsdrohungen ahndete bzw. kosovo-albanische Sezessionswünsche rundheraus ablehnte. Vielmehr versuchten Serben und Kosovo-Albaner, für ihre jeweiligen Positionen Verbündete zu finden: "Präsident" Rugova stellte die "Unabhängigkeit des Kosovo" als "einziges Mittel" zur Stabilisierung der Region heraus, obwohl er wußte, daß ihm dabei niemand zustimmen würde; und Serben bemühten sich, Rußland antiwestlich einzustimmen und auf die eigene Seite zu ziehen.

Wolf Oschlies

Kosovo '98 (I): The Origins and Escalation of a Perennial Balkan Conflict

Bericht des BIOst Nr. 20/1998

Summary

Introductory Remarks

Both Serbs and Kosovo Albanians consider themselves to be peace-loving, hospitable peoples. This was revealed by an opinion poll carried out among both ethnic groups in Kosovo in the summer of 1997. Why then, the authors of the survey wondered sadly, did the two groups not display these most salient characteristics in their dealings with one another?

One may well ask. Since the beginning of 1998, the war in the former Yugoslavia, which has been raging with differing degrees of intensity in various places and on various fronts since 1991, has been threatening to flare up again in Kosovo in a – probably terrible – new round in the conflict. The prospect of this happening has produced a flurry of activity on the part of the international community, which is still busy using immense human and material resources to contain the damage caused by earlier episodes in the Yugoslav war. Leading international bodies are advocating the use of "stick and carrot" programmes in order to defuse tensions locally, while various foreign ministers and special envoys have undertaken diplomatic missions to try to persuade the wrangling parties to engage in dialogue.

But it would take some dialogue to overcome the silence produced by irreconcilable radical demands, a silence that has recently become charged with an air of violence. What is there for two quarrelling parties to talk about if, with some justification but also as a result of faulty perceptions, both deny the legitimacy of the other's basic position. Citing the right to self-determination the Albanians are demanding the secession of Kosovo from Serbia, while the Belgrade regime is using the principle of the inviolability of borders laid down in the Helsinki Agreement of 1975 to insist that Kosovo be treated as an "internal Serbian problem."

The international community is divided over the Kosovo problem. In rightly demanding an end to the violence, it opens itself to allegations from each of the two sides in the region that it is encouraging the "terrorism" of the other. By rejecting the secessionist ambitions of the Kosovo Albanians out of hand, the international community finds itself in agreement with Milosevic even while issuing him with massive threats and short-term ultimatums on account of Serbian police brutality. These threats and ultimatums are generally not supported by the Russian contingent in the international contact group, because Moscow assigns more blame for the present situation to the Kosovo Albanians than the West does. In trying to find an autonomy model for Kosovo it has been agreed, more or less unanimously, that a return to the

pseudo-autonomy of the Tito period is out of the question, since this was based on ethnic exclusiveness and was conditional on "the leading role of the CP" and is thus clearly unsuitable.

Using generally accessible sources mainly of Yugoslav origin, the following two-part report attempts in Part 1 to give an account of the origins of the Kosovo problem and show how it has recently come to a head. Part II discusses the repercussions that Kosovo may have for the region and various possible solutions. In a certain sense the problem is so complex that it is simple: in a clearly defined region – namely, the south-Serbian province of Kosovo – a national minority, the Kosovo Albanians, forms the overwhelming majority of the population and on the basis of its numerical strength and compact settlement in the region is making extensive demands. The scenario is fatally reminiscent of the situation of the ethnic Germans in the Czech Sudetenland in the late 1930s. The memory of how that situation was "resolved" should put pay completely to any thought of making concessions to radical, secessionist-motivated demands. Indeed, as they are being presented at the moment, the demands of the Kosovo Albanians are unacceptable, although the Serbian titular nation and the international community have sharply differing motives for rejecting them. This is what makes it so difficult to resolve the conflict, since any settlement must comply with international standards while delivering a practicable solution to those directly affected.

Findings

1. Since the end of 1997 violence has shattered the peace that had reigned in Kosovo for ten years. Terrorist acts perpetrated by the so-called Kosovo Liberation Army (UCK) have provoked brutal reactions from the Serbian special police. It is generally feared that these events are merely a prelude to a new episode in the Balkan War.
2. Recent developments have generally aroused fears that the politically isolated and economically failed Milosevic regime is seeking to engage in a military confrontation in order to compensate for its own shortcomings. These fears are aggravated by the fact that in Kosovo itself an Albanian military formation has come into being in the form of the Kosovo Liberation Army, which apparently operates without the knowledge or influence of the political leadership – the Kosovo Democratic League – and is undermining its policy of non-violent opposition.
3. In the old Yugoslavia Kosovo enjoyed autonomous status. This was abolished to all intents and purposes by the Milosevic regime in 1989, although the text of the Serbian Constitution continued to provide for it. A return to this kind of autonomy would, however, appear to be neither possible nor desirable since it was based solely on the rights of peoples rather than on human rights and was granted under the proviso that the communist party should have a leading role.
4. Since the early 1990s the Milosevic regime has stepped up its campaign of repressions and discrimination. The Kosovo Albanians have reacted with boycotts and the establishment of parallel structures in all spheres. This system of parallel structures forms the political basis for asserting Kosovan sovereignty – a demand which, even at the beginning of

1998, the Kosovo Albanians were still insisting was no longer subject to negotiation or discussion.

5. As a logical consequence of its assertion of sovereignty for Kosovo, the Kosovo leadership (Ibrahim Rugova) ignored all events in Serbia, including the opposition's protests against the regime of 1996/97. As a result, Kosovo was rather forgotten, both regionally and internationally, a circumstance for which Rugova has sometimes been criticised within Kosovo. Currently, however, this criticism is being superseded by a kind of closing of ranks among all Kosovo Albanians. Moreover, the recent wave of violence served as a sharp reminder to the international community that Kosovo and its problems could no longer be overlooked as they were for many years.

6. In terms of their structures, concepts and activities the political leaderships and organisations of the Serbs and Albanians are a kind of mirror image of one another. This is particularly true with regard to parties, organisations and (para)military formations. The great unknown factor in the equation continues to be the Albanian UCK. The only thing that appears to be certain is that the picture drawn of the UCK by the Serbian secret service is not entirely accurate. Internationally the UCK is thought to be a terrorist association from which Albanian political bodies should distance themselves. While they are now prepared to do this, they must still take account of the fact that most Albanians hold a kind of mystical sympathy with the UCK.

7. For years Belgrade treated the Kosovo problem as "a Serbian internal matter," thus removing it from international attention. This position is no longer tenable for two reasons: first of all, the unmistakable violations of human rights that have taken place in Kosovo make international interference legitimate; second, Kosovo's neighbours are increasingly afraid of becoming directly drawn into dangerous developments.

8. In Kosovo itself the position of the international community is weakened by the fact that it cannot criticise the basic principle on which Milosevic is operating – namely, his rejection of Albanian secessionist demands – but only the methods he uses. The threats and other means used to do this have so far been rather ineffective, particular since their economic component generally does not have the support of Russia.

9. For the time being neither side is particularly impressed by the West's behaviour: neither by its threat of sanctions against Serbia as punishment for its Kosovo policy nor by its outright rejection of the Kosovo Albanians' secessionist demands. Instead, both the Serbs and the Kosovo Albanians have tried to find allies to support their respective positions: "President" Rugova presented "the independence of Kosovo" as the "only means" of achieving stability in the region, even though he knew that no-one would support him; while the Serbs tried to get Russia to adopt an anti-Western position and side with Serbia.